

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Konkretisierung der Ökologisierung des Steuersystems
eingebracht im Zuge der Debatte in der 93. Sitzung des Nationalrats über
"Klimavolksbegehren" (697 d.B.)– TOP 1**

Eine grundlegende Ökologisierung des Steuersystems, welche eine sektorübergreifende Besteuerung von klimaschädlichen Emissionen sowie eine deutliche Entlastung des Faktors Arbeit beinhaltet, könnte einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der österreichischen Klimaziele leisten und umweltfreundliches Handeln von Bürger_innen und Unternehmen fördern. Die positiven Auswirkungen einer CO₂ Steuer werden nicht nur von einer Vielzahl von Expert_innen und Organisationen betont (unter anderem WIFO, Weltbank, IWF, zahllosen Umweltorganisationen sowie ein internationaler Zusammenschluss von über 3500 Ökonom_innen inklusive zahlreicher Nobelpreisträger_innen), sondern werden auch durch das erfolgreiche Beispiel Schweden unterstrichen, wo eine merkliche Senkung der Emissionen trotz positiver Wirtschaftsentwicklung erreicht wurde.

Die Ökologisierung des Steuersystems könnte nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur langfristigen, nachhaltigen Bewältigung der Klimakrise darstellen, sondern auch die durch die COVID-19 Krise ohnehin zusätzlich belasteten Bürger_innen langfristig entlasten. Denn derzeit hat Österreich die zweithöchsten Steuern auf Arbeit in der gesamten EU.

Die Bundesregierung hat in ihrem parlamentarischen Entschluss zum Klimavolksbegehren zwar - wie auch im Regierungsprogramm - ein grundsätzliches Bekenntnis zu einer CO₂ Bepreisung abgegeben, hier aber weder konkret eine Ökologisierung des Steuersystems angekündigt, noch ein Bekenntnis zur Reduktion der Besteuerung des Faktors Arbeit abgegeben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Plan für eine schrittweise, grundlegende und grundsätzlich aufkommensneutrale Ökologisierung des österreichischen Steuersystems vorzulegen, welcher eine Senkung der Besteuerung des Faktors Arbeit, sowie eine sektorübergreifende Besteuerung von klimaschädlichen Emissionen beinhaltet und ab Januar 2022 in Kraft tritt."

① (BRUNDSFJÖRK)
② (MARLEITER)
③ FIEDLER
④
⑤ BERNHARD
JHOTTY

www.parlament.gv.at

